

INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND BETEILIGUNG VON ZUGER FIRMEN AN ILLEGALEN ODER
FRAGWÜRDIGEN GESCHÄFTEN MIT DEM REGIME SADDAM HUSSEINS

VOM 31. OKTOBER 2005

Die Alternative Fraktion hat am 31. Oktober 2005 folgende **Interpellation** eingereicht:

Zuger Firmen haben im Rahmen des UNO-Hilfsprogramms für den Irak, «Oil for Food», illegale oder fragwürdige Geschäfte mit dem Regime Saddam Husseins getätigt. Sie zahlten Schmiergelder, so genannte «Kickbacks». Dies wurde durch den Schlussbericht der unabhängigen Untersuchungs-Kommission unter Paul Volcker bestätigt (www.iic-offp.org).

Die irakische Regierung hatte im Frühjahr 2000 beschlossen, zehn Prozent «Aufpreis» auf alle Waren, auch humanitäre Güter, zu schlagen. So zahlten Firmen der damaligen irakischen Regierung 1,8 Milliarden Dollar an Schmiergeldern und erhielten im Gegenzug beispielsweise preisgünstiges Erdöl. Firmen, die dazu nicht gewillt waren, erhielten keinen Zuschlag mehr für Lieferungen. Die «Neue Zürcher Zeitung» zitierte in seiner Online-Ausgabe vom 27. Oktober Mark Pieth, den Basler Strafrechtsexperten und Kommissionsmitglied. Dieser führte aus, es sei zwar möglich, dass einige Firmen von den «Aufpreisen» nichts gewusst hätten. «Sie hätten es aber wissen müssen», so Pieth.

«Schmutzige Finger» hat laut Pieth der Financier Marc Rich+Co. Und auch auf der Volcker-Liste steht die Zuger Firma Glencore. Sie betrieb und betreibt laut «Basler Zeitung» im grossen Stil Erdölhandel mit dem Irak und erzielt dabei satte Gewinne. Glencore soll «Kickbacks» für 8 Millionen Dollar, Marc Rich+Co. für mindestens 1 Million bezahlt haben.

Aus Sicht der Alternativen Fraktion ist es stossend, dass sich im Besonderen Rohstoffhandelsfirmen mit fragwürdigen Geschäftspraktiken bereichern – dies vor allem auf Kosten der ärmsten Bevölkerung. Zug zieht mit seiner Tiefststeuerpolitik viele Rohstoffhandelsfirmen an und steht darum in einer besonderen Pflicht, alle Vorkehrungen zu treffen, dass kein schmutziges Geld in den Kanton fliesst.

Fragen:

1. Wie kommentiert die Regierung das Ergebnis der unabhängigen Untersuchungskommission Volcker, dass mit Glencore und Marc Rich+Co. zwei Unternehmen mit Sitz im Kanton Zug fragwürdige bis illegale Geschäfte mit Saddam Hussein und dessen Regime gemacht haben?
2. Ist die Regierung bereit, sich von solchen Geschäftstätigkeiten von Marc Rich+Co. und Glencore zu distanzieren?
3. Hält die Regierung (und die Task Force Kommunikation) Geschäftsgebahren wie im besagten Fall durch die Glencore oder Marc Rich+Co. für den Kanton Zug für imageschädigend? Und was meint sie zur Weigerung der beiden Firmen, der Öffentlichkeit Red und Antwort zu stehen.
4. Warum hat die Zuger Regierung in ihrer Vernehmlassung zum nationalen Geldwäschereigesetz vom 15. März 2005 nicht verlangt, dass der Rohwarenhandel dem Geldwäschereigesetz unterstellt wird?
5. Ist die Zuger Regierung inzwischen bereit, die Unterstellung von Rohstoffhandelsfirmen in der Schweiz unter das Geldwäschereigesetz zu unterstützen?
6. Ist die Regierung bereit, einen Teil des Steuerertrags der in den «Oil for Food»-Skandal involvierten Firmen für humanitäre Hilfe (z.B. zu Gunsten des IKRK) zu Verfügung zu stellen?
